

Die ungarischen Parlamentswahlen 2010: Zweidrittelmehrheit, neuformiertes Parteiensystem, Konsequenzen für die Politische Kultur

Máté Szabó und Ágnes Lux*

In der Wahl zum ungarischen Parlament 2010 hat das Partei-„Bündnis“ FIDESZ/KDNP zum ersten Mal in der post-kommunistischen Geschichte Ungarns die Zweidrittelmehrheit gewonnen. Es besteht damit die Möglichkeit zu großen Änderungen – aber auch zum Missbrauch. Ungarn wird in der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2011 zum ersten Mal den EU-Vorsitz übernehmen. Die Ratspräsidentschaft bringt zugleich politische, diplomatische, fachliche und Kommunikationsaufgaben mit sich, und die Beurteilung des Mitgliedstaats, der den EU-Vorsitz gerade innehat, wird in markanter Weise davon beeinflusst, wie erfolgreich er mit diesen Aufgaben umzugehen versteht. Die sechs Monate der Ratspräsidentschaft rufen den Ländern innerhalb und außerhalb der EU ins Bewusstsein, dass Ungarn als Mitgliedstaat der Gemeinschaft angehört. Gleichzeitig wird der ungarischen Öffentlichkeit erneut die Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit all ihren Vorzügen und Chancen vor Augen geführt.¹ Die internationale Presse und die Öffentlichkeit kritisierten die neue „allzu kräftige Regierung“ (zum Beispiel fanden sich Wortspiele wie in der englischen Presse und Publizistik „Power Hungary / Power Hungry“) zu meist wegen des neuen Mediengesetzes. Aber auch die Reform der privaten Altersvorsorge und die Beschneidung der Kompetenzen des Verfassungsgerichtes riefen kritische Stimmen in Öffentlichkeit, Presse, Medien und in der Politik hervor, und zwar in Ungarn wie im Ausland. So beginnt Ungarn 2011 die EU-Ratspräsidentschaft – mit schweren Vorwürfen wegen der allzu regen und intensiven, ja schrankenlosen Benutzung der Zweidrittelmehrheit durch FIDESZ/KDNP. Sind es Krisenprozesse der jungen ungarischen Demokratie? Wollten die Wähler 2010 gerade dies ermöglichen?

1. Das Wahlsystem

Im April 2010 haben die ungarischen Staatsbürger das sechste Mal frei ihre Abgeordneten in das relativ große – 386 Mandate für circa zehn Millionen Bürger – Einkammerparlament gewählt.² Das Wahlsystem ist auf einen zentralisierten Staat zugeschnitten; es gibt keinen Föderalismus in der Donaurepublik. Dennoch weist das System gewisse Ähnlichkeiten mit dem der Bundesrepublik Deutschland auf. Die Bürger haben zwei Stimmen, die unabhängig voneinander vergeben werden können: die Erststimme für lokale Abgeordnete

* Unser Dank geht an *Ágoston Sámuel Mráz*, Direktor des Institutes Nézőpont in Budapest, für die freundliche Genehmigung zur Benutzung der Forschungsergebnisse des Instituts (<http://nezo-pontintezet.hu/>).

1 Website des ungarischen EU-Vorsitzes, <http://www.eu2011.hu> (Abruf am 6. Januar 2011).

2 Zur Politik in Ungarn: *András Körösesnyei / Gábor G. Fodor / Jürgen Dieringer*, Das politische System Ungarns, in: *Wolfgang Ismayr* (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2010, S. 357 – 419; *Jürgen Dieringer*, Das politische System der Republik Ungarn, Opladen 2009.

in Einerwahlkreisen, die Zweitstimme für die Liste der Parteien in 20 Mehrpersonenwahlkreisen – 19 Komitate und Budapest. Als Ergebnis eines politischen Kompromisses zwischen den Parteien wurde 1989 eine Kombination von Mehrheitswahl und Verhältniswahl eingeführt, die kompensatorische Elemente durch eine Landesliste für die Reste enthält, die so genannte Landesstimme. Die Landesstimmenmandate werden nach den verlorenen Erst- und Zweitstimmen gerechnet, wobei das Höchstzahlverfahren nach *d'Hondt* verwendet wird. Die Mehrheits- und Proporz-Elemente sind in diesem System miteinander kombiniert, wobei das Mehrheitsprinzip dominiert.

176 der insgesamt 386 Parlamentsmandate werden nach absolutem Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen verteilt, höchstens 152 Sitze werden nach Verhältniswahl in den 20 Mehrpersonenwahlkreisen vergeben und mindestens 58 Mandate werden nach der (kompensierenden) Landesstimme einem einzigen nationalen kompensatorischen System zugeteilt. Gegen Fragmentierung ist eine Fünfprozentssperrklausel (vor 1994 waren es vier Prozent) eingebaut. Im Einerwahlkreis gibt es zwei Wahlgänge. Im ersten ist die absolute Mehrheit gefordert, um das Mandat zu erhalten. Wird diese von keinem Kandidaten erreicht, können diejenigen, die mindestens 15 Prozent der Stimmen erhalten haben an einem entscheidenden zweiten Wahlgang teilnehmen, wo schon die relative Mehrheit für ein Mandat reicht.

Die Abstimmung in den 20 Mehrpersonenwahlkreisen, in denen die Verhältniswahl gilt, hat zwei Funktionen: den Ausschluss von Splitterparteien mittels Sperrklausel und eine weitere Mandatsverteilung. Nur solche Parteien beziehungsweise Bündnisse werden bei der Zuteilung der territorialen und nationalen Listenmandate berücksichtigt, die landesweit die Sperrklausel überwinden konnten. Nach Ausschluss der betroffenen Parteien findet die Mandatsverteilung in jedem Mehrpersonenwahlkreis getrennt statt. Hier werden die *Hagenbach-Bischoff*-Quote und die Methode des größten Restes benutzt.³

Die Stichwahl hat mehrere Konsequenzen: Sie motiviert die Parteien, Wahlallianzen zu bilden. Das spielte zum Beispiel im Jahre 1998 eine bedeutende Rolle, als die vier Siegerparteien das Ergebnis des ersten Wahlgangs umkehrten. 1998, 2002 und 2006 entschied jeweils der zweite Wahlgang, welche Partei und welches Bündnis die Wahl gewann. Eine Wahlpflicht besteht nicht, jeder Staatsbürger mit ständigem Wohnsitz in Ungarn hat aktives Wahlrecht. Die Bürger im Ausland können bei den ungarischen Botschaften wählen.

Die Fünfprozenthürde bewirkt in Ungarn, dass nur diejenigen Parteien mit Chancen zur Wahl antreten, die über eine landesweite Organisation verfügen. Die Wahlkreise mit je einem Abgeordnetenmandat ermöglichen wegen des Mehrheitsprinzips eine stabile Regierung, während die Bezirkslisten, besonders aber die Landeskompensationsliste einer proportionalen Vertretung dienen.⁴ Während dieses Wahlsystem weitgehend stabil blieb, hat sich das Parteiensystem nach der ersten freien Wahl im Jahr 1990⁵ mehrfach verändert.

3 Vgl. *András Körösekényi / Gábor G. Fodor / Jürgen Dieringer*, a.a.O. (Fn. 2), S. 381.

4 Vgl. Nézöpont Budapest, in: Ungarische Rundschau vom 1. bis 7. März 2010, S. 2.

5 Zur Systemtransformation Ungarns siehe auch *Jürgen Dieringer*, Ungarn in der Nachbeitrittskrise, in: APuZ, 29-30/2009, S. 6 – 11.

2. Die Regierungen Ungarns seit 1990

Das politische Spektrum Ungarns⁶ in der ersten Hälfte der 1990er Jahre kann als ein konservativ-liberal-sozialistisches Dreieck beschrieben werden. Die Liberalen haben seit der Wahl 1994 stufenweise an Bedeutung verloren, und in den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 scheiterten sie gar an der Sperrklausel. Der Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ) bewegte sich während der Koalition von Sozialisten und Liberalen zwischen 1994 und 1998 von der liberalen Mitte nach rechts, um das politische Vakuum auszufüllen, das von der anderen Systemwechselfraktion, dem Ungarischen-Demokratischen Forum (MDF), nach ihrer vorübergehenden inneren Spaltung und ihrem Zusammenbruch 1994 in der rechten politischen Arena hinterlassen wurde. Nach der Wahl 1990 entstand eine Mitte-Rechts-Regierung (geführt von der Partei MDF), im Jahr 1994 eine linksliberale Regierung (geführt von der MSZP), 1998 wiederum eine Mitte-Rechts-Koalition (geführt von der FIDESZ). 2002 und 2006 kam es zu linksliberalen Mehrheiten, die zunächst von der MSZP geführt wurden, und die ab 2008 zu einer Minderheitsregierung gezwungen war. In den letzten acht Jahren wurde Ungarn also von Sozialisten und Liberalen regiert⁷, und FIDESZ hatte aus der Opposition zur Waffe der außerparlamentarischen Mobilisierungen, Bürgerinitiativen, Demonstrationen und auch des Referendums gegriffen, um eine „Wiederkehr zum Sozialismus“ zu verhindern.

Die wichtigste Konfliktlinie in Ungarn ist noch die kommunistische/antikommunistische Spaltung, neben den Stadt/Land- und Gläubigen/Antiklerikalen-Konflikten. Die Wählerbasis der Sozialisten (MSZP) und der bürgerlichen Parteien unterscheidet sich nach ihrer Einstellung zum Kommunismus; der Grad der Religiosität trennt die Konservativen von den Sozialisten und den Liberalen. FIDESZ hat nach einem strategischen Wechsel in den 1990er Jahren eine christlich-konservative Richtung eingeschlagen. Durch ihr Bündnis mit den Christdemokraten (KDNP) 1993 wurde verstärkt eine Hinwendung zu den christlichen Wählerschichten bewirkt. FIDESZ regierte in der Koalition mit MDF und FKGP, den Klein-Landwirten, von 1998 bis 2002. Ihre Niederlage 2002 und 2006 gegen die Koalition der Sozialisten und Liberalen und insbesondere die „Lügenrede“ des sozialistischen Ministerpräsidenten *Ferenc Gyurcsány*, die er am 26. Mai 2006 im Regierungserholungsheim in Balatonöszöd vor den Führungsgremien seiner Partei gehalten hatte und deren Auszug anonym an den Ungarischen Rundfunk gelangte, gab die Initialzündung für die gewalttätigsten Massenproteste und Mobilisierungen seit der Wende 1989/90. Diese richteten sich in mehreren Wellen gegen *Gyurcsány* und gingen mit seiner Abdankung im Frühjahr 2009 zu Ende.

6 Abkürzungen der Parteinamen im Text und in den Tabellen: FIDESZ: Fidesz-Magyar Polgári Szövetség (Ungarischer Bürgerlicher Bund), FKGP: Független Kisgazdapárt (Unabhängige Kleinlandwirtpartei), Jobbik: „Die Rechten“/„Die Richtigen“, KDNP: Keresztény Demokrata Néppárt (Christlich-DEMOKRATISCHE Volkspartei), LMP: Lehet Más a Politika („Politik kann anders sein“), MDF: Magyar Demokrata Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum), MDNP: Magyar Demokrata Néppárt (Ungarische Demokratische Volkspartei), MIÉP: Magyar Igazság és Élet Pártja (Ungarische Partei der Gerechtigkeit und des Lebens), MSZP: Magyar Szocialista Párt (Ungarische Sozialistische Partei), SZDSZ: Szabad Demokraták Szövetsége (Bund Freier Demokraten).

7 Vgl. *Jürgen Dieringer*, Ungarn in der Nachbeitrittskrise, a.a.O. (Fn. 5), S. 8.

3. Das Parteiensystem

An den klassischen Polen der politischen Landschaft etablierten sich seit der ersten freien Wahl im Jahre 1990 die Konservativen, Linken und Liberalen mit wechselnden Akteuren. Die Grünen betraten erst kürzlich die politische Bühne.

3.1. Christliche und konservative Parteien

Das MDF war eine Mitte-Rechts-Partei mit konservativ-christdemokratischen und nationalradikal-populistischen Elementen. Letztere dominierten in den 1990er Jahren bis eine nationalradikale Richtung sich abgespaltete und eine neue Partei mit dem Namen MIÉP gründete, geführt von dem vor 1989 populären Schriftsteller und Dramatiker *István Csurka*. Sie war mit einer kleinen Fraktion zwischen 1993 und 1994 im Parlament vertreten. 1994 verpasste sie den Wiedereinzug, kehrte aber schon 1998 mit eigener Fraktion ins Parlament zurück. Seit 2002 gelang es MIÉP nicht mehr, Sitze zu gewinnen. Nach der Abspaltung von MIÉP verstärkte sich der konservative Charakter des MDFs. Die Partei unterstützte das Konzept der *Antall*-Regierung (Privatisierung, soziale Marktwirtschaft), aber die schweren sozialen Kosten der Transformation und die Regierungsmethode in der ersten postkommunistischen Regierung senkten ihre Popularität drastisch. Die liberale Richtung spaltete sich und gründete die MDNP, die bis 2005 mit relativem Erfolg operierte, bis sie sich wieder mit dem MDF vereinigte. Nach dem Regierungswechsel im Jahre 1998 trat das MDF der von FIDESZ geleiteten Koalition bei, die damalige Parteivorsitzende *Ibolya Dávid* wurde Justizministerin und eine führende Politikerin von MDF bis 2010. MDF positionierte sich nach 2002 neu, offensichtlich in eine pragmatische, konservative Richtung als eine kritische Alternative gegenüber der als populistisch gebrandmarkten FIDESZ. Bei der Wahl 2006 richtete sich die Wahlkampagne des MDFs an die Protestwähler mit dem „Programm für ein normales Ungarn“. Die Abgrenzungsstrategie gegen FIDESZ war ein Erfolg. Geführt von *Dávid* erwarb die Partei 2004 und 2009 Mandate im Europäischen Parlament, und im Jahre 2006 zog sie ins ungarische Parlament ein.⁸ Es gelang dem MDF jedoch nicht, sich von innen zu erneuern.

Bei den Parlamentswahlen 2010 stellte sich das MDF als die moderate rechte Alternative zum FIDESZ dar – in einer Wahlkooperation mit dem liberalen SZDSZ, einem seiner früheren politischen Gegner. Mit diesem Bündnis gingen die beiden prägenden Parteien des ersten frei gewählten ungarischen Parlaments nach der Wende 1989 erstmals eine politische Kooperation ein. Das MDF führte damals unter Premier *József Antall* die konservative Regierungskoalition an, während SZDSZ die größte Oppositionspartei war. 1994 bis 1998 und 2002 bis 2008 regierten die Liberalen mit den Sozialisten. Diese Zusammenarbeit führte im MDF zu großen Widerständen und Austritten aus der Partei und erwies sich letztlich als Sackgasse, insbesondere nach einer bis heute ungeklärten Abhöraffaire, die die Partei spaltete und bis heute als Thema in Gerichtsverfahren, Presse und Politik weiterlebt.

Die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) kommt aus der vor-kommunistischen Tradition des politischen Katholizismus und wurde nach 1989 wieder neu organi-

8 Vgl. *András Körösiényi / Gábor G. Fodor / Jürgen Dieringer, a.a.O. (Fn. 2), S. 390 f.*

sirt. Als Koalitionspartner in der *Antall-Boross*-Regierung von 1990 bis 1994 (mit MDF und FKGP) konnte sie 1994 knapp über fünf Prozent der Stimmen erzielen. Danach fanden schwere innerparteiliche Kämpfe und Spaltungen statt. Wegen dieser Spaltungen und der Streitigkeiten um Parteianamen und Vermögen waren die Christendemokraten lange Zeit keine relevanten Akteure auf der politischen Bühne. Erst unter der Leitung von *Zsolt Semjén* wurde die KDNP ab 2003 zu einem sehr engen Kooperationspartner von FIDESZ. Bei den Wahlen 2006 kandidierten FIDESZ und KDNP gemeinsam als Parteibündnis. So konnte die KDNP eine Fraktion im Parlament bilden, obwohl sie allein die Hürde nicht geschafft hätte.⁹ Es handelte sich um eine stabile Zusammenarbeit, vergleichbar von CDU und CSU in der Bundesrepublik, aber ohne regionale Wurzeln des kleineren Partners.

Der Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ) wurde 1988 als radikale anti-kommunistische Jugendorganisation gegründet und spielte mit seinem Leiter, *Viktor Orbán*, von der ersten Stunde an eine bedeutende Rolle im Transformationsprozess. Von 1994 an wandelte sich FIDESZ von einer liberal-radikalen Gruppierung zu einer eher konservativen Mitte-Rechts-Partei. Die Änderung des Parteinamens von FIDESZ zu „FIDESZ Ungarische Bürgerliche Partei“, heute „FIDESZ-Ungarischer Bürgerbund“ spiegelt gerade diesen politischen Richtungswechsel wider. In der Wahl 1998 wurde die Partei die leitende politische Kraft des Mitte-Rechts-Lagers und konnte mit der Partei der Kleinlandwirte (FKGP) und dem MDF eine Regierung bilden. Zwischen 1998 und 2002 wurde FIDESZ mehr und mehr die führende Kraft des rechten politischen Spektrums, betonte die konservativen Werte, die nationalen Interessen und benutzte dazu Formen der symbolischen Politik wie Massenkundgebungen und Kampagnen mit quasi-religiöser Atmosphäre.

Alle Meinungsforschungsinstitute hatten 2002 den Sieg des Bündnisses FIDESZ-MDF in den Parlamentswahlen prognostiziert, aber nur ein einziger Prozentpunkt entschied in der ersten Wahlrunde zu Lasten von FIDESZ und zugunsten von MSZP. Danach verschärfte sich die radikale Rhetorik der Partei. Es wurden zahlreiche Straßendemonstrationen und Kundgebungen mit großen Massen in Budapest organisiert. Dies änderte jedoch nichts am Sieg der MSZP im zweiten Wahlgang. FIDESZ wurde von der Regierung in die Opposition gezwungen. 2007 kam es zu einer bedeutenden Wende in der Strategie von FIDESZ/KDNP, als *Orbán* ein Buch und ein neues Programm mit dem Titel „Das Land ist eins“ publizierte, was den Vorsatz zu einer großen Volkspartei – für jeden Wähler, auch für die enttäuschten liberal-linken – markierte.

3.2. Rechtsradikale Parteien

Als eine neue Partei auf der rechten politischen Seite wurde die Jobbik im Jahre 2003 gegründet – mit einem zweideutigen Namen: „Jobbik“ bedeutet „rechter“ und auch „richtiger“ auf Ungarisch. Jobbik ist ideologisch der ehemaligen rechtsradikal-populistischen MIÉP ähnlich, aber ihre Führungsstruktur, Wählerbasis und Kommunikation sind erneuert und jünger. Sie versucht, die Ideologie des nationalen Radikalismus medienkonformer und für die Jugend des 21. Jahrhunderts attraktiv darzustellen. Christlich-religiöse Aspekte sind ebenfalls anzutreffen. Auch die „antisemitische“ Karte benutzt die Partei, aber meistens in-

9 Vgl. ebenda, S. 391.

direkt aus wahltaktischen Gründen. Offen sprach sie sich gegen die Roma als Sündenböcke des Landes mit ihrer hohen Kriminalität aus. Aus Jobbik ging eine paramilitärische Formation mit Roma-feindlichen Einstellungen hervor, die „Ungarische Garde“, gegen die ein Gericht ein Organisationsverbot verhängte, damit sie sich nicht mehr legal betätigen kann. Jobbik hat 2009 drei Mandate bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei der Parlamentswahl 2010 47 Sitze gewonnen.

Die Mobilisierungskampagnen gegen die sozialistischen Regierungen haben 2002 und 2006 also einen unerwarteten Akteur revitalisiert: die Rechte, weit rechts von der in die Mitte strebenden FIDESZ. Obwohl sich FIDESZ gemäß dem alten, *Konrad Adenauer* zugeschriebenen Spruch „Es gibt niemanden rechts von uns“ von 1998 bis 2006 gegen solche Parteien wie MDF und die Kleinlandwirte behaupten konnte, gab es jetzt mit Jobbik einen neuen Herausforderer. Die langen und intensiven Mobilisierungswellen von Demonstrationen und Versammlungen auf den Straßen, die Straßenschlachten mit der Polizei, die Gründung von neuen Internet- und sonstigen Foren haben einen neuen Zulauf der Rechtsradikalen bewirkt. Der Bruch mit den alten Antisemitismus-Parolen, die Darstellung der „Roma-Kriminalität“ als eine wichtige Bedrohung für Ungarn, das auch für die „einfachen Leute“ fassbare Feindbild der Roma¹⁰, haben nicht nur in den unterentwickeltesten nordöstlichen Krisenregionen mit hohen Minderheitenquoten zum Erfolg geführt, sondern auch im Kreis des Mittelstandes und Unternehmertums sowie der Intellektuellen der Hauptstadt und der größeren Städte.

3.3. Die Linke

Die pragmatischen und reformbereiten Anhänger der Partei von *János Kádár*, MSZMP/USAP, die die demokratische Transformation akzeptierten, hatten 1989 zunächst die MSZP als die Rechtsnachfolgerin der ehemaligen *Kádár*-Partei gegründet, wobei die Mitglieder der ehemaligen Staatspartei natürlich über fast alle Parteien verteilt sind. Die MSZP entwickelte das Profil einer pro-europäisch-sozialdemokratischen Partei mit pragmatischer und technokratischer Orientierung. Die weit verbreitete Enttäuschung über das neue demokratische Regime und die negativen sozialen Wirkungen der Wirtschaftsreformen weckten in der Bevölkerung nostalgische Erinnerungen an die Sicherheit und den relativen Wohlstand während des *Kádár*-Regimes und führten nicht zuletzt dazu, dass die MSZP 1994 und 1998 die stimmenstärkste Partei wurde. 1994 konnte sie mit *Gyula Horn* als Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten regieren, der bereits sehr rigorose wirtschaftliche Restriktionen einleiten musste. Aus diesem Grund verlor die MSZP im Jahre 1998 die Wahl.

Nach dieser Niederlage konnte sie ganz schnell wieder an die Spitze der Popularität kommen; sie kritisierte die FIDESZ-Regierung in Fragen des mangelnden Wohlstands und der öffentlichen Sicherheit, des Nationalismus und der Angriffe gegen die Institutionen der Demokratie. 2002 trat die MSZP mit einem Programm für eine Reform des Sozialstaats auf, das zum Sieg führte. 2004 löste der jüngere Politiker *Ferenc Gyurcsány* den unpopulären

10 Vgl. Amnesty International, Report 2009. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, Frankfurt am Main 2009, S. 489 f.; *Melanie Barlai* / *Florian Hartleb*, Die Roma in Ungarn, in: APuZ, 29-30/2009, S. 33 – 39.

ren und ungeschickten Ministerpräsidenten der MSZP, *Péter Medgyessy*, ab. Wie *Orbán* auf der anderen Seite, hatte er – zwar ziemlich verwickelt, aber überraschend, dynamisch und neu – ideologische Visionen, verfügte über finanzielle Mittel und verstand es, die Emotionen der Bürger zu manipulieren. Mit einer Zentralisierung innerhalb der Partei und einem Modernisierungsprogramm schob er die Partei in eine neoliberale Richtung. *Gyurcsány* trat 2009 als Ministerpräsident und 2010 als Parteivorsitzender zurück.

Während seiner Amtszeit stand ihm als starkem Regierungschef an der Spitze der Opposition der ebenfalls starke *Orbán* gegenüber. Sie befanden sich in einer politischen und persönlichen Konkurrenzsituation bis 2010, als dieser Wettbewerb, wie es jetzt aussieht, endgültig zugunsten von *Orbán* entschieden wurde. In der MSZP konnte man klar zwischen zwei Lagern differenzieren: den „Linken“, die einen Wohlfahrtsstaat mit starkem sozialen Netz vertreten, und den „Neoliberalen“ mit entsprechenden Programmen für Wirtschaft und Politik. *Gyurcsány* wurde auf dem Parteikongress Anfang 2007 mit 89 Prozent der Stimmen der Delegierten zum Parteivorsitzenden gewählt (zugleich war er Ministerpräsident). Nach der so genannten „Lügenrede von Ószöd 2006“ von *Gyurcsány* hatte sich innerhalb der Partei zwischen den Richtungen ein Zweckbündnis gebildet, um den drohenden Absturz abzuwenden. Nachfolger von *Gyurcsány* als Regierungschef wurde der „Experten“-Ministerpräsident für Krisenmanagement, der EU- und Entwicklungsminister der *Gyurcsány*-Regierung *Gordon Bajnai* – ebenfalls ein vermögender Großunternehmer wie *Medgyessy* und *Gyurcsány*. Für die Wahl 2010 trat Fraktionschef *Attila Mesterházy* als Spitzenkandidat an; er hatte als Kompromisskandidat der politischen Richtungen der MSZP gegolten. Ansonsten dominierten langgediente Politiker, unter ihnen der Ex-Premier *Ferenc Gyurcsány*, nicht aber *Gordon Bajnai*.

Im linken politischen Spektrum gibt es kaum wirklich ernstzunehmende Akteure jenseits der MSZP. Nur noch die Partei der Hardliner-Kommunisten, die Arbeiterpartei (*Munkáspárt*) ist hier kurz zu erwähnen. Diese hat, obwohl sie nach der Wende nie ein Parlamentsmandat gewinnen konnte, eine kleine, alternde, aber stabile Wählerbasis. In den letzten Jahren konnte sie außerdem etliche jüngere Sympathisanten um sich sammeln und blieb bei den lokalen, nationalen und europäischen Wahlen permanent in der politischen Arena.

3.4. Die Liberalen

Der liberale Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) war die zweitgrößte Partei im ersten freien Parlament 1990, vor allem geführt von Budapester Intellektuellen und auch Dissidenten des früheren Regimes und der Samisdatabewegung. SZDSZ stand für menschenrechtliche, wirtschaftsliberale Positionen, dezidiert gegen jede Form von Nationalismus und für die Rechte der Minderheiten. Obwohl der Bund in den frühen 1990er Jahren stark antikommunistisch war, entfernte er sich später von den rechten politischen Kräften und näherte sich nach 1991 mehr und mehr der Linken der MSZP gegen das damals regierende MDF an. MSZP und SZDSZ wurden Koalitionspartner in der Regierung zwischen 1994 und 1998. Die Wahl 1998 bedeutete den Anfang eines kontinuierlichen und immer dramatischeren Rückgangs in der Wählerunterstützung, was sich bis 2010 fortsetzte, als SZDSZ nicht mehr ins Parlament einziehen konnte. Die als letzte Rettung gedachte Wahlkooperation mit dem MDF hatte der Partei endgültig den Garaus gemacht.

3.5. Die Grünen

Demgegenüber hat sich während der acht Jahre langen Regierung der MSZP und SZDSZ eine neue Partei, die „Politik kann anders sein“ (LMP) links von beiden früheren Linksparteien etabliert. 2009 hatte sich erstmals aus Bürgerinitiativen und Protestbewegungen eine effiziente Ökopartei entwickelt. Die neue politische Kraft LMP ist auch nicht ohne Wurzeln in der ungarischen Politischen Kultur. Die alternativen Strömungen waren präsent, wenn auch eher nur in intellektuellen Kreisen der oppositionellen Subkultur der *Kádár*-Zeit. Ökologische Regimekritik war damals in Ungarn insbesondere mit dem Kampf gegen das tschechisch-ungarische Staudamm-Projekt an der Donau verbunden.¹¹ Die Relevanz solcher Konflikte zeigte sich, als die Reformkommunisten im Jahre 1989 als Versöhnungsaktion die ungarische Teilnahme am Projekt suspendierten. (Später hat die Slowakei es einseitig verwirklicht, ungeachtet der ungarischen Proteste.) Mit dem Staudamm ist der integrierende Großkonflikt der ungarischen Ökobewegung zunichte gemacht worden. Das einzige Atomkraftwerk des Landes hat keinen größeren Protest hervorgerufen.

Hingegen bescherte der NATO-Beitritt Ungarns der Ökobewegung einen integrierenden Konflikt. Die NATO verlangte eine größere Radaranlage in Ungarn; jedoch waren beide ausgewählten Standorte höchst umstritten – mit der Folge von Diskussionen, Protestaktionen, lokalen Referenden und Prozessen, an denen auch internationale NGOs (wie Greenpeace) teilnahmen und mit lokalen Bürger- und Bauerngruppen Koalitionen gebildet wurden. Die Konflikte um die Baustellen auf den Bergen Zengő und Tubes haben im kleinen Land ähnliche Wirkungen gehabt wie der Atomkonflikt der 1980er Jahre in der Bundesrepublik: Sie waren Integrationskonflikte, wobei sich die früheren lokalen, studentischen und Bürgerinitiativen annäherten. Daraus entstand die erste erfolgreiche Ökopartei Ungarns, nachdem schon zuvor bei allen Wahlen verschiedene erfolgreiche grüne Gruppen aufgetaucht waren. Die jetzige Formation geht auf eine Assoziation „Védegylet“ (Verteidigungsverein) zurück, die mit Foren und Publikationen seit mehr als zehn Jahren beachtlichen intellektuellen Zulauf hatte. Die Erfolge bei den Umweltkonflikten steigerten den Mut der meist jungen oder jüngeren Aktivisten. Sie verfügen über dasselbe Kapital wie die rechtsradikale Jobbik: die Kraft von jungen, unbekanntem, nicht verbrauchtem Gesichtern und Image. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament traten sie mit neuen Kommunikationsmethoden und -mitteln (Straßenperformance, Internet, Handy als Form der Öffentlichkeit usw.) hervor, konnten aber noch keine Mandate gewinnen. Dies änderte sich bei der Parlamentswahl 2010, als die LMP 16 Sitze errang.

3.6. Das Parteiensystem

Die Auswirkungen der Fünfprozentklausel lassen sich in Ungarn wie folgt zusammenfassen: Wenn die Unterstützung der Wähler einer erst neu etablierten Partei im Parlament – wie 1994 MDF und KDNP, 2010 SZDSZ und wieder MDF – unter die Fünfprozentmarke sinkt, beginnt ein Desintegrationsprozess. Zum einen sinken die materiellen Zuwendungen und zum anderen beginnen sowohl die Parteiführungen als auch die Flügel beziehungswei-

11 Vgl. *Máté Szabó*, Urbanisten versus Populisten in Ungarn, in: Berliner Debatte Initial, 20. Jg. (2009), H. 3, S. 74 – 87.

se einzelnen Strömungen innerhalb der Parteien sich erfolgversprechenderen Richtungen des Parteienspektrums zuzuwenden. Besteht hingegen bei einer Gruppierung die Hoffnung, die Hürde zu überwinden, dann – wie 2010 Jobbik und LMP – kommen Geld und Personal aus verschiedenen Richtungen. *Joseph A. Schumpeter* hat in seinem vor mehr als 50 Jahren geschriebenen Werk „Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie“¹² die Gesetze des Marktes, der Politik und des politischen Unternehmertums passend begründet, und diese wirken in jeder Massendemokratie bis heute.

Nach einer früheren These der ungarischen Politikwissenschaft¹³ ist das ungarische Parteiensystem durch eine Konkurrenz um die Mitte gekennzeichnet, und der Parteienwettbewerb zahlt sich für keine extreme politische Gruppierung aus. Es gab am rechten Pol ein breites Angebot von vier Parteien, die gegenwärtig auf zwei reduziert sind. Während auf der Linken schon ursprünglich nur noch zwei effiziente Akteure, MSZP und SZDSZ, vertreten waren, ist letztere nun auch noch untergegangen und die neue LMP links von MSZP vertritt auch ökoliberale Werte.

Das ungarische Parteiensystem ist links-rechts polarisiert, aber es gibt zwei Blöcke, die jeweils mindestens zwei Parteien beinhalten. Es geht im Wettbewerb weiterhin um die Mitte; wegen der von den erfolglosen sozial-liberalen Regierungen verursachten Krise der Linken hat sich nur die rechte Achse weiter nach rechts mit der neuen rechtsradikalen Partei „Jobbik“ verschoben. Die LMP ist radikaler als die MSZP, aber nicht linksradikal im westeuropäischen Sinne, trotz ihrer Rhetorik und Parolen.

Die politische Landschaft hat sich mehrfach wegen der hohen Volatilität der Bürger, die über mehrere Generationen hinweg aufgrund der autoritären Systeme keine stabilen parteipolitischen Identitäten entwickeln konnten, grundlegend verändert.¹⁴ So bewirkte die schnelle Enttäuschung über das neue marktwirtschaftliche und demokratische System fast bei jeder Parlamentswahl einen Umschwung von links nach rechts und umgekehrt.

4. Der Wahlkampf und die Wahlprogramme

Es war von vornherein für einen jeden, inklusive der politischen Gegner, klar, dass FIDESZ/KDNP diese Wahl mit großem Vorsprung gewinnen würde. Die Frage war nur, und darum ging es in der Kampagne, mit welchem Vorsprung: Würden die zwei Parteien des Bündnisses die Zweidrittelmehrheit und damit eine nie gesehene Macht erhalten? Wie bekannt wurde die Vision von *Orbán* Realität: Ein unwahrscheinliches „Gottesgeschenk“ ist seiner Partei zuteil geworden. Dabei haben die miserablen Leistungen der regierenden Sozialisten und Liberalen in den letzten acht Jahren die Wahlergebnisse viel mehr determiniert als sonstige Ereignisse und die Kampagne. Eine ungarische Analyse stellte die These auf, dass der Wahlkampf auch ohne eine Fernsehdiskussion der Spitzenkandidaten und trotz einer Datenschutzaffäre von FIDESZ/KDNP eine schon länger bestimmte Dynamik

12 Vgl. *Joseph A. Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Tübingen / Basel 1993, S. 427 – 471.

13 Vgl. *András Körösenyi / Csaba Tóth / Gábor Török*, The Hungarian Political System, Budapest 2009.

14 Vgl. *Gert Pickel / Detlef Pollack / Olaf Müller / Jörg Jacobs* (Hrsg.), Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie, Wiesbaden 2006.

hatte.¹⁵ Eine sogar „europaweite“ Sorge galt der radikalen Rechten: Würde sie, jetzt in Form der „Jobbik“ besser mit Argumenten, neuem Profil und Engagement ausgerüstet als die noch bis heute vegetierende MIÉP, einen großen Wahlsieg erringen?

Viktor Orbán bezeichnete in seiner zwölften „richtungsweisenden“ „Rede zur Lage der Nation“ zu Jahresbeginn 2010 die Sanierung der Wirtschaft, die Reform des ungarischen Finanz- und Bankensektors, die Instandsetzung des Gesundheitswesens und die Wiederherstellung der sozialen und öffentlichen Sicherheit als „Angelegenheiten von nationaler Bedeutung“. Er formulierte fünf Prioritäten, die „verbinden und nicht trennen“: Arbeit, Zuhause, Familie, Gesundheitswesen und Ordnung. Der den Neoliberalismus kritisierende Parteivorsitzende betonte außerdem, dass der Antikapitalismus „ebenso eine Entwicklungsstörung“ sei wie die alles dem Markt überlassende neoliberale Logik. Neben der Wirtschaftssanierung benannte *Orbán* die Erhöhung der Beschäftigung um eine Million Menschen innerhalb von zehn Jahren und die Halbierung der Wartelisten in den Krankenhäusern als konkrete Ziele seiner Politik. Zu den fünf Prioritäten, die die wichtigsten Punkte für die Kampagne der FIDESZ/KDNP darstellen, kam das Engagement für eine doppelte Staatsbürgerschaft von Menschen mit ungarischer Abstammung im Ausland; diese war von der MSZP/SZDSZ in einem Referendum früher abgelehnt worden.

Neben den Prioritäten ging es gleich in mehreren Punkten der Rede *Orbáns* um die Verurteilung des linken wie rechten Radikalismus und eine eindeutige Positionierung des FIDESZ in der politischen Mitte gegen die beiden Extreme. Die Rechtsradikalen erhielten nochmals besondere Aufmerksamkeit, als *Orbán* hervorhob, dass die für sie abgegebenen Stimmen „vergeudet“ seien. Im Hinblick auf das Verhältnis der absehbaren Mitte-Rechts-Regierung zu ihrer Vorgängerin der vergangenen acht Jahre („*Gyurcsány*-Ära“) betonte *Orbán*, dass es eine Abrechnung geben werde, FIDESZ bereite sich allerdings nicht auf eine „Regierung der Rache“ vor. Der Vorsitzende der sich auf die Regierungstätigkeit vorbereitenden Partei sprach 2010 die desillusionierten früheren sozialistischen Wähler genauso wie die enttäuschten und „wütenden“ Anhänger der Rechten an.¹⁶

In der zehnten Woche des Wahlkampfes wuchs der Vorsprung von FIDESZ wieder an, während die Unterstützung für die MSZP trotz ihres Wahlkampfauftritts und der auf den Ministerpräsidentenkandidaten *Attila Mesterházy* aufgebauten intensiven Plakat- und Medienkampagne nicht zunahm. Im Gegenteil: in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen fanden sich nur vier Prozent sichere Wähler für die Regierungspartei.

Die „Lügenrede von (Balaton-)Őszöd“ war wieder auf der Tagesordnung. Die ehemalige sozialistische Parlamentspräsidentin *Katalin Szili* hatte das MSZP-Präsidium darum gebeten, das Amt für nationale Sicherheit – der Verfassungsschutz in Ungarn – zu ersuchen, die Ergebnisse der Untersuchung über diese Rede vollständig zu veröffentlichen, weil nach wie vor nicht bekannt war, wer aus der MSZP-Führung die Rede aufgenommen und an die Presse hatte durchsickern lassen. Dass diese Angelegenheit wieder auf die Tagesordnung kam, lässt auf interne Konflikte in der MSZP schließen. Dies war in erster Linie für den ehemaligen Ministerpräsidenten *Ferenc Gyurcsány* unangenehm, der seinerzeit ausgesprochen aktiv am Wahlkampf der Sozialisten teilnahm.

15 Vgl. *László Kéri*, Választási küzdelem verseny nélkül. Szempontok a 2010-es választási kampány politikai szociológiai leírásához, in: Politikatudományi Szemle 2010, H. 4, S. 25 – 53.

16 Vgl. Nézőpont Institut Budapest, in: Ungarische Rundschau vom 1. bis 7. Februar 2010, S. 1 f.

Das Wahlprogramm 2010 der MSZP sah vor, gleichzeitig die fiskalische Disziplin für die Einführung des Euro 2014 beizubehalten sowie Löhne und Renten kontinuierlich anzuhoben. Demnach sollte der Euro 2014 eingeführt werden, obwohl der Ministerpräsident der MSZP, *Bajnai*, einen Beitritt zur Eurozone im Jahre 2015 nur aufgrund harter Sparmaßnahmen für möglich hielt. Zur Frage der Finanzierung für die zusätzlichen Ausgaben lässt sich dem Programm der MSZP nur entnehmen, dass man sich vom beginnenden Wirtschaftswachstum zusätzliche Einnahmen von 7,4 Milliarden Euro erhoffte. Die MSZP kündigte für Jahreseinkommen von mehr als 185.000 Euro eine neue 50-prozentige Steuer und die Anhebung der Reallöhne pro Jahr um zweieinhalb bis drei Prozent an. Das Programm versprach eine Rentenerhöhung und ein Grundrecht für jeden auf einen Breitband-Internetanschluss zu einem staatlich garantierten Preis. So sagte Spitzenkandidat *Mesterházy* über sich selbst: „Ich bin ein neuer Kandidat mit einem neuen Weltbild.“

Die von den FIDESZ/KDNP-Beratern geplante Kampagne war intensiv, dauerte nur ein paar Wochen und arbeitete mit vielen Aktivisten. Sie wollten jedes Risiko vermeiden. Daher gab es auch trotz mehrfacher Aufforderungen *Mesterházy*s nicht die vor der Wahlkampfpause übliche letzte Spitzenkandidatendiskussion im Fernsehen. FIDESZ wollte *Orbán* nicht dem jüngeren und weniger verbrauchten *Mesterházy* gegenüberstellen. Zahlreiche Elemente des FIDESZ-Wahlkampfes (Fundraising, Heer freiwilliger Aktivisten, persönliche und direkte Kontakte zu den Wählern) waren im Übrigen von *Barack Obama* „kopiert“, so auch die Botschaft der Kampagne („Wandel“, „Hoffnung“).

Die LMP nutzte sehr stark das Internet, weil sie jüngere Wähler und Sympathisanten hat, die für die neue Kommunikationstechnologie empfänglicher sind als die älteren Generationen. So wurden per Internet auch Straßenaktionen organisiert (zum Beispiel wurde das LMP-Logo von Sympathisanten auf der Straße gestaltet, oder sie reinigten zusammen die Straßen). Die Partei benutzte vornehmlich die alternativen und direkten Varianten des Fundraisings, bat Sympathisanten um Spenden, wenn die Parteikassen leer waren. Ihre Hauptthemen im Programm lauteten: nachhaltige Zukunft (nachhaltige Wirtschaft, „Grüne Wende“, effizientes Energiesparen, Klimaschutz); inklusive Gesellschaft (Integration der Roma, Schaffung von Möglichkeiten im Bildungssystem, Bekämpfung der Obdachlosigkeit, Schutz der europäischen sozialen Leistungen); „Demokratisierung der Demokratie“ (Entwicklung der globalen Regierbarkeit, Transparenz und Nachprüfbarkeit in den nationalen, europäischen und globalen politischen Systemen und Prozessen).

Die Jobbik stellte in einer Auftaktveranstaltung im Januar ihr Wahlprogramm mit dem Titel „Radikale Wende“ vor, was bereits die Richtung markierte. Ein anderer verbreiteter Slogan lautete: „20 Jahre für die verlorenen 20 Jahre“, was heißen sollte, dass die Verantwortlichen für die Probleme nach der Wende von 1989/90 zur Verantwortung gezogen werden und mit hohen Haftstrafen büßen sollten. Die wichtigsten Botschaften erschienen schon in den Hauptkapiteln des Programms und ihrer Wortwahl: ökosozial-nationale Wirtschaft, starker, aktiver, unternehmerischer Staat; Schutz des nationalen Ackerbodens, gesunde nationale Lebensmittel, Tierschutz; Unterstützung der lokalen Gemeinschaften; Energieunabhängigkeit der ungarischen Ökonomie; Familie als Grundstein der Gesellschaft, Solidarität; Arbeitsehre; gesunde Nation, „Zurück vom Zigeunerweg“, gesunder Körper – heile Nation, „stolze“ Nation, Einheit der Nation; „Ungarn lebt in seinem Glauben“; Bildung basiert auf „den ungarischen Tugenden“; Ordnung und Sicherheit etc.

5. Das Wahlergebnis

Die Parlamentswahl 2010 fand in Ungarn am 11. und 25. April statt. Wie die Meinungsforschungsinstitute prognostiziert hatten, gewann das Wahlbündnis aus FIDESZ und KDNP die Wahl und erreichte deutlich die Zweidrittelmehrheit. Die meisten der 119 individuellen Mandate wurden schon im ersten Wahlgang vergeben, und zwar mehrheitlich an Kandidaten von FIDESZ/KDNP. In der zweiten Runde am 25. April ging es nur noch um 57 Sitze und dabei hauptsächlich um die Zweidrittelmehrheit von FIDESZ, mit der es der Partei möglich wurde, ohne die Zustimmung von anderen politischen Kräften sogar die Verfassung sowie grundlegende Gesetze zu modifizieren und eine Reihe von Führungspositionen im Staat, etwa Ombudsleute, den Staatspräsidenten usw., zu wählen oder abzuberufen. Eine Verfassungsrevision beziehungsweise eine neue Verfassung ist inzwischen für das Frühjahr 2011 geplant; mehrere grundlegende Gesetze sind bereits verändert worden und weitere sollen folgen.

FIDESZ-KDNP gewann 263 von insgesamt 386 Sitzen. Und obwohl dies das erste Mal in der postkommunistischen Geschichte Ungarns ist, dass eine Partei eine Zweidrittelmehrheit im Parlament besitzt, kam dieser Sieg des größten Oppositionsparteien-Bündnisses FIDESZ/KDNP über die Regierungspartei MSZP nicht unerwartet. Letztere hatte in den vergangenen zwei Jahren eine Minderheitsregierung geführt und angesichts der wirtschaftlichen Krise einen strengen Sparkurs gehalten; die langwierigen Konsequenzen der „Lügenrede von (Balaton-)Öszöd“ taten ein Übriges.¹⁷ Die MSZP musste mit 59 Mandaten nach acht Jahren Regierung eine bittere Wahlniederlage hinnehmen, konnte gar nur zwei Einerwahlkreise gewinnen. 47 Sitze gingen an Jobbik; damit wurde sie die „dritte Kraft“ (was auch ihr Slogan im Wahlkampf gewesen war), obwohl sie keinen Einerwahlkreis für sich verbuchen konnte. Die FIDESZ/KDNP erzielte 52,8 Prozent der Listenstimmen. Die rechtsextremen Sozialisten wurden von den Wählern bestraft und kamen auf 19,3 Prozent. Die rechtsextreme Jobbik-Partei schaffte mit 16,7 Prozent erstmals den Sprung ins Parlament. LMP, auch eine neue Partei im Parlament, erzielte 7,4 Prozent.

Nach dem ersten Wahlgang war bereits über 265 Sitze (68,7 Prozent) die Entscheidung gefallen. Neben den 119 Direktmandaten, die Kandidaten der FIDESZ/KDNP auf Anhieb mit absoluter Mehrheit gewinnen konnten, wurden 146 Kandidaten über die Landeslisten gewählt. Schon nach dem ersten Wahlgang war damit klar, dass FIDESZ/KDNP im neu gewählten Parlament über die absolute Mehrheit verfügen würde (vgl. Tabelle 1).

Der zweite Wahlgang fand in den 57 Wahlkreisen statt, wo in der ersten Runde keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte. Dabei fielen 54 Sitze an FIDESZ/KDNP-Bewerber, in zwei Budapester Wahlkreisen setzte sich je ein Kandidat der MSZP durch. In einem Wahlkreis war ein Unabhängiger – früheres FIDESZ-Mitglied – erfolgreich.

Das Bündnis aus SZDSZ und MDF konnte kein Mandat erreichen, so dass diese beiden „Alt“-Parteien nach 20 Jahren nicht mehr im Parlament vertreten sind. Das MDF hatte bereits nach der vernichtenden Niederlage beim ersten Wahlgang personelle Konsequenzen

17 Vgl. *Mihai Varga / Annette Freyberg-Inan*, Ungarn 2010. Die Bedeutung der Wahlergebnisse im Kontext der Demokratieentwicklung, in: *Berliner Debatte Initial*, 21. Jg. (2010), H. 2, S. 60 – 66, S. 60.

Tabelle 1: Die ungarischen Parlamentswahlen vom 11. und 25. April 2010

Partei	1. Wahlgang			2. Wahlgang		Endergebnis Sitz- verteilung
	Stimmenanteil (in Prozent)	Listen- mandate	Direkt- mandate	Listen- mandate	Direkt- mandate	
FIDESZ/ KDNP	52,7	87	119	3	54	263
MSZP	19,3	28	0	29	2	59
Jobbik	16,7	26	0	21	0	47
LMP	7,4	5	0	11	0	16
MDF	2,7	0	0	0	0	0
Andere	1,2	0	0	0	1	1
Total	100,0	146	119	64	57	386

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von <http://www.valasztas.hu> (Abruf am 7. Februar 2011).

gezogen. Die Vorsitzende *Ibolya Dávid* war zurückgetreten¹⁸, ebenso wie *Attila Retkes*, der SZDSZ-Vorsitzende. Beide Parteien befinden sich momentan im politischen Abseits. Hingegen konnte der Neuling LMP 16 Sitze gewinnen.

6. Das Wählerverhalten

Die Wahlbeteiligung war in den 1990er Jahren in Ungarn relativ niedrig ausgefallen. Die Gründe dafür sind vor allem in der Tradition der Entpolitisierung, der fehlenden Massenmobilisierung und Bürgerbeteiligung während des Übergangsprozesses zu suchen; des Weiteren wirkten sich die instabilen Parteipräferenzen negativ auf die Wahlbeteiligung aus, die bis 1998 zwischen 45 und 69 Prozent schwankte. Die Politische Kultur ist nach vielen autoritären Erfahrungen und fehlender demokratischer Praxis auch durch Abgewandtheit von der Politik und Pessimismus charakterisiert. Die Wahlen 2002 brachten wegen des sehr engen Wettbewerbs, der gegenseitigen Emotionalisierung und der Dramatisierung des Wahlkampfes eine bedeutende Veränderung mit sich: Die Wahlbeteiligung erreichte damals in Ungarn den westeuropäischen Durchschnitt von über 70 Prozent. FIDESZ hatte ihre Mobilisierungsstrategie entwickelt und wandte sich in Massenveranstaltungen direkt an die Wähler. 2006 und 2010 ging die Wahlbeteiligung allerdings wieder deutlich auf etwa 65 Prozent zurück (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Wahlbeteiligung bei den ungarischen Parlamentswahlen im 1. und 2. Wahlgang, 1990 bis 2010 (in Prozent)

1990		1994		1998		2002		2006		2010	
1.WG	2.WG	1.WG	2.WG	1.WG	2.WG	1.WG	2.WG	1.WG	2.WG	1.WG	2.WG
65,8	45,4	68,9	55,1	56,3	57,0	70,5	73,5	67,8	64,4	64,3	46,6

Quelle: <http://www.valasztas.hu> (Abruf am 7. Februar 2011).

18 Vgl. *Hans Kaiser*, Deutliche Zweidrittelmehrheit für FIDESZ-KDNP in Ungarn, KAS-Auslandsbüro, 26. April 2010.

Religiös gebundene Wähler stimmten meistens für die KDNP; wer eher ländlich-agrarisch geprägt war, entschied sich für den früheren Partner der Kleinlandwirte, FIDESZ. Bis zur Gründung der LMP hatten die Öko-Wähler keine echte politische Heimat. Die neuen Parteien, wie die Jobbik und die LMP, zählen viele Jugendliche zu ihren Sympathisanten, Aktivisten und Wählern.

Traditionell gab es Städte, die sozialistische Hochburgen waren. In einigen dieser traditionell linken Bezirke und Städte blieb es im Übrigen auch bei den Kommunalwahlen im Herbst 2010 bei sozialistischen Mehrheiten und Bürgermeistern, obwohl FIDESZ bei dieser Wahl erneut einen Sieg davontrug. Budapest, ansonsten immer ein Spezialfall in der Geschichte des ungarischen Wählerverhaltens, weil es meistens – sogar in der Zwischenkriegszeit – von Liberalen und Linken regiert wurde, fiel bei den Parlaments- und auch Kommunalwahlen ebenfalls an FIDESZ/KDNP.

Die Wähler der Jobbik sind eher männlich und jüngeren Alters, weil die älteren Generationen nicht mit der Erneuerung der vorkommunistischen Tradition des Rechtsradikalismus sympathisieren. Zudem leben die Jobbik-Anhänger meistens in Städten, vorwiegend in Budapest. Im Vergleich zu anderen Parteien haben sie zum größeren Teil Abitur oder mittlere Schulabschlüsse, aber wenige sind Hochschulabsolventen, wie sich auch nur wenige ohne Hauptschulabschluss unter ihnen finden.¹⁹

Tabelle 3: Parteipräferenzen in soziostrukturellen und demographischen Gruppen im Mai 2010 (in Prozent)

		FIDESZ	MSZP	Jobbik	LMP
	aktive Wähler insgesamt	62	6	9	5
Geschlecht	Männer	61	6	11	5
	Frauen	63	6	7	5
Wohnort	Budapest	63	8	4	7
	Komitatsstädte	59	7	9	10
	andere Städte	58	6	12	4
	Dörfer	68	5	7	3
Altersgruppe	18-29 Jahre	66	3	13	6
	30-44 Jahre	58	3	12	5
	45-59 Jahre	61	6	9	6
	über 60 Jahre	64	13	1	3
Bildung	Grundschule	67	6	8	3
	Berufsschule	59	8	12	5
	Höhere Ausbildung	60	3	4	7
Regionen	Westungarn	65	6	6	5
	Zentralungarn	61	8	6	6
	Ostungarn	61	6	13	5

Anmerkung: Die Daten wurden in der Zeit vom 18. bis 20. Mai 2010 bei 1.000 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Ungarn. Der Fehlerbereich beträgt rund +/- 3,2 Prozent.
Quelle: Nézőpont Institut Budapest.

19 Vgl. TÁRKI Forschung, *Tamás Rudas*, Über die Stammwähler der Jobbik, Gesellschaftlicher Bericht 2010, Budapest 2010, S. 514 f.

Eine repräsentative Erhebung des Nézőpont Instituts Budapest im Mai 2010 erbrachte unter den Personen, die angaben, zur Wahl gegangen zu sein, Ergebnisse, die die erdrückende Übermacht von FIDESZ bei den letzten Wahlen weiter illustrieren: In keiner der soziostrukturellen und demographischen Kategorien fiel die Zustimmung zu dieser Partei auch nur unter 58 Prozent; und nur selten gelang es einer anderen Partei, in irgendeiner Wählergruppe ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen (vgl. Tabelle 3).

7. Die Regierungsbildung

Die ungarischen Verfassungsbestimmungen zur Regierung orientieren sich grob am deutschen Grundgesetz. Ministerpräsident und Minister bilden das Kabinett, das als Kollegialorgan mit Mehrheit entscheidet. Die ungarische Verfassung regelt die Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament und überlässt die interne Funktionslogik dem Willen der Regierenden. Der Ministerpräsident führt die Regierung als *primus inter pares*, was einen deutlichen Unterschied zum deutschen Grundgesetz darstellt. Die Minister leiten ihre Ressorts selbständig.

Der Ministerpräsident bezieht seine Legitimation aus der Parlamentswahl und nicht lediglich aus der präsidialen Ernennung. Er ist bezüglich der institutionellen Quelle seiner Macht und der Legitimationskette dem Präsidenten, der ebenfalls vom Parlament gewählt wird, gleichgestellt.²⁰ Die Wahl des Ministerpräsidenten läuft folgendermaßen ab: Der Staatspräsident berät sich nach der Wahl mit den Fraktionsvorsitzenden und schlägt einen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs vor. Dieser gibt im Parlament eine Regierungserklärung ab, an die sich die Wahl anschließt. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der Abgeordneten hinter sich versammelt. Der gewählte Regierungschef hat das Recht, die Minister seines Kabinetts auszuwählen.²¹ Nach der Wahl 2010 nominierte Staatspräsident *László Sólyom Viktor Orbán* als Kandidaten, und das zehnte frei gewählte ungarische Parlament bestellte diesen am 29. Mai 2010 mit 261 Ja- gegen 107 Nein-Stimmen zum neuen Regierungschef mit seinem Programm der „Nationalen Zusammenarbeit“.

*Orbán*s Kabinett ist das kleinste seit 20 Jahren. Er schuf eine neue Regierungskonstruktion mit nur acht so genannten Spitzenministerien (vgl. Tabelle 4). Jeder Minister hat Staatssekretäre (ihre Zahl ist von den Fachbereichen abhängig, die zum jeweiligen Ministerium gehören) und Verwaltungssekretäre. Die Verfassung wurde modifiziert und die Position des Stellvertretenden Ministerpräsidenten eingeführt. Die beiden Stellvertretenden Ministerpräsidenten bleiben auf der Stufe der anderen Minister, haben aber symbolische Kraft und Bedeutung. Seit dem 1. Juli 2010 ist der Verwaltungs- und Justizminister *Tibor Navracics*, vor den Wahlen Fraktionschef der FIDESZ, einer der Stellvertreter *Orbán*s. Als Ausdruck des strategischen Bundes ist der andere Stellvertretende Ministerpräsident, *Zsolt Semjén*, der Vorsitzende der Christdemokraten, KDNP. Er ist vor allem für die Fragen der „Ungarn jenseits der Grenze“, die Einführung der „doppelten Staatsbürgerschaft“, die Kontakte mit den Kirchen und Probleme der Religion verantwortlich. Der neuen Regierung von *Viktor Orbán* gehört keine einzige Frau als Ministerin an.

20 Vgl. *Jürgen Dieringer*, a.a.O. (Fn. 2), S. 239.

21 Vgl. *András Köröscényi / Gábor G. Fodor / Jürgen Dieringer*, a.a.O. (Fn. 2), S. 357 – 419.

<i>Tabelle 4: Das ungarische Kabinett nach den Parlamentswahlen 2010</i>	
Ministerpräsident	Viktor Orbán (FIDESZ)
Minister für Verwaltung und Justiz (stellvertretender Ministerpräsident)	Tibor Navracsics (FIDESZ)
ohne Ministerium zuständig für Nationalitätenfragen und Minderheiten (stellvertretender Ministerpräsident)	Zsolt Semjén (KDNP)
Innenminister	Sándor Pintér (parteilos)
Außenminister	János Martonyi (FIDESZ)
Minister für Wirtschaft	György Matolcsy (FIDESZ)
Minister für Nationale Entwicklung	Támás Fellegi (parteilos)
Minister für Nationale Ressourcen	Miklós Réthelyi (parteilos)
Minister für Landwirtschaft	Sándor Fazekas (FIDESZ)
Minister für Verteidigung	Csaba Hende (FIDESZ)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

8. Ungarn vor harten Realitäten

Dem erdrutschartigen Sieg der FIDESZ und ihren 263 Mandaten steht eine Opposition gegenüber, in der die frühere Regierungspartei MSZP mit 59 Sitzen die führende Kraft ist. Ihr ehemaliger Koalitionspartner, die liberale SZDSZ, scheiterte an der Fünfprozenthürde, genau wie die Partei von *József Antall*, das MDF. Stattdessen sind zwei neue politische Formationen ins Parlament eingezogen: die Jobbik als dritte Kraft und die LMP, die erste grüne Partei, die seit 1990 die Fünfprozentklausel in Ungarn überschritten hat.

In der Wahl 2010 machte sich der massenhafte Verlust des Bürgervertrauens wegen der „Lügenrede“ von 2006 immer noch bemerkbar. Dieser Verlust geht offenbar so tief, dass manche Analytiker über eine Krise der Demokratie oder eine Art „Scheindemokratie“ in Ungarn diskutieren. Jedenfalls ist das Erbe des „Gulasch-Kommunismus“ von *János Kádár*²² endgültig verschwunden; der alte Trost, dass sich die Ungarn, verglichen mit Bürgern der Tschechoslowakei, Rumäniens oder gar der DDR wohler fühlen könnten – „uns geht es aber etwas besser“²³ – funktioniert nicht mehr. Die letzten Spuren dieses Wohlgefühls, das die Bürgeridentität über bessere Konsumchancen legitimierte, sind mit der frühen Einführung des Euros in der Slowakei, dem langsamen, aber unaufhaltsamen militärischen und wirtschaftlichen Aufstieg Rumäniens, ganz zu schweigen von der Entwicklung der ehemaligen DDR, restlos untergegangen.

Die massive Regierungskorruption und politische Günstlingswirtschaft, die Mächtigkeiten der *Gyurcsány*-Regierung, gepaart mit der Wirtschaftskrise und der Unfähigkeit, deren Wirkungen zu mildern, haben zu einer massiven und massenhaften Delegitimation jeglicher sozialliberalen Politik bei immer mehr Bürgern geführt und der Kritik der Rechten an der Regierung Nahrung gegeben. So entstand der massive Rechtsruck in der ungarischen Öffentlichkeit, der sich schon bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni

22 Vgl. *Máté Szabó*, Kompromiss als Erbe des Kádárismus, in: *Jerzy Macków* (Hrsg.), *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*, Wiesbaden 2009, S. 199 – 215.

23 *György Dalos*, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München. 2009, S. 62 – 98.

2009 mit drastischen Verlusten der Linken als Vorboten für den unaufhaltsamen Sieg der rechten Parteien bei den Parlamentswahlen von 2010 klar abzeichnete.

Ungarn hat also eine Regierung mit sehr breiter politischer und damit vermeintlich stabiler Unterstützung. Aber die Wirkungen der Wirtschaftskrise, die Verschuldung, die sozialen Probleme, Spannungen und Ungerechtigkeiten sind destabilisierende Faktoren geblieben. FIDESZ/KDNP hat große Ziele: Stabilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, Umformung des Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesens, Stärkung der nationalen Einheit, ein starkes Ungarn mit europäischer Ausstrahlung im Jahr seiner Ratspräsidentschaft 2011. Diese können aber viele schwierige und zweiseitige Entscheidungen mit kontraproduktiven Wirkungen erzwingen, so dass es doch zu einer politischen Destabilisierung kommen könnte. Und: Stabilität ist nicht alles, Ungarn braucht auch eine „Demokratisierung der Demokratie“. Der ungarische Parlamentarismus und die demokratisch-politische Kultur bedürfen langfristiger weiterer Entwicklung. Es fehlen effiziente institutionelle Lösungen und kulturelle Muster der Vergangenheitsbewältigung und Konfliktlösung, wegen des fehlenden „Konsenses der Demokraten“.

Fraktionsprofile nach den Wahlen 2010 in Ungarn: Abschottung der parlamentarischen Elite?*

Sándor Kurtán und Gabriella Ilonszki

1. Der Kontext

Die Analyse der Profile von Parlamentsabgeordneten ist ein zentrales Thema der (empirischen) Repräsentationsforschung. Insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten, parallel zur Diskussion um eine Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie, vervielfachten sich Ansätze und Studien, die konkret jene Frage beantworten wollten, inwieweit die gesellschaftlichen und politischen Eigenschaften der Abgeordneten den demokratischen Inhalt des Systems beeinflussen. *Norris'* und *Lovenduski's* Untersuchung war bahnbrechend in Bezug auf die soziodemographischen Gesichtspunkte, *Andewegs* und *Thomassens* Beitrag für bestimmte politische Karrieremuster.¹ Heute kann es als wissenschaftliches Faktum gelten, dass der gesellschaftliche Hintergrund und der politische Karriereweg der Abgeordneten eng mit ihrer Tätigkeit zusammenhängen, also aus dem Blickwinkel des politischen Systems einen wichtigen Faktor darstellen, wobei hinzuzufügen ist, dass Maß und Art dieses Zusammenhanges noch durch weitere Studien detailliert belegt werden muss.

* Diese Studie wurde im Rahmen des TÁMOP-Projekts, Nr. 4.2.1.B-09/1/-KMR-2010-0005, angefertigt.

1 Vgl. *Pippa Norris / Joni Lovenduski*, Political Recruitment. Gender, Class and Race in the British Parliament, Cambridge 1995; *Rudy B. Andeweg / Jacques J.A. Thomassen*, Modes of Political Representation: Toward a New Typology, in: Legislative Studies Quarterly, 30. Jg. (2005), H. 4, S. 507 – 528.